

Gemeinsame Stellungnahme  
des Politbüros des ZK der SED, des Staatsrates und des  
Ministerrates der DDR zu den Ergebnissen der Tagung des  
Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten  
des Warschauer Vertrages am 28. und 29. Mai 1987 in Berlin

---

Das Politbüro des ZK der SED, der Staatsrat und der Minister-  
rat der DDR nahmen den Bericht der Delegation der DDR über  
die Berliner Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses  
der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages entgegen und  
brachten ihre volle Zustimmung zu den Ergebnissen der Berliner  
Tagung des höchsten politischen Gremiums des Warschauer Ver-  
trages zum Ausdruck. Sie danken dem Generalsekretär des ZK  
der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich  
Honecker, für die Arbeit der von ihm geleiteten Delegation.

Auf der Grundlage einer umfassenden Analyse der Entwicklung  
in der Welt haben die verbündeten sozialistischen Staaten  
ihr weiteres Vorgehen und eine Reihe gewichtiger neuer  
Schritte mit dem Ziel abgestimmt, das Wettrüsten auf der Erde  
einzustellen und es im Kosmos zu verhindern. Reale Abrüstungs-  
ergebnisse sind heute möglich und unumgänglich, um den Frieden  
auf eine stabile, dauerhafte Grundlage zu stellen und die  
Menschheit vom Alptraum einer nuklearen Katastrophe zu be-  
freien. Die Möglichkeiten hierfür sind gewachsen. Sie müssen  
ohne Verzögerung entschlossen genutzt werden.

Mit dem Abschluß einer Vereinbarung über die Beseitigung  
der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenraketen  
in Europa kann der Durchbruch zur weltweiten Abrüstung er-  
reicht werden. Zugleich würde es den Weg zu einem Europa  
öffnen, in dem Sicherheit, Zusammenarbeit und Verständigung  
dominieren.

Die Ergebnisse der Berliner Tagung sind eine Ermutigung für alle Kräfte der Vernunft und des Realismus. Sie geben breiten Raum für die Fortsetzung einer aktiven Politik des politischen Dialogs mit allen, die gewillt sind, zum Frieden beizutragen. Vor der gesamten Weltöffentlichkeit offenbart sich damit wiederum der zutiefst humanistische Charakter der Politik des Sozialismus, wie sie vor nunmehr sieben Jahrzehnten mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ihren Ausgang nahm.

Mit dem Dokument zur Militärdoktrin unterstreichen die Staaten des Warschauer Vertrages den ausschließlichen Verteidigungscharakter ihres Bündnisses; zugleich bekräftigen sie damit die Ernsthaftigkeit ihrer Friedensstrategie. Ihr Handeln wird von der Überzeugung bestimmt, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen annehmbare Regelungen strittiger Fragen ausschließlich auf friedlichem Wege, mit politischen Mitteln erreicht werden können. Die sozialistischen Staaten beanspruchen für sich nicht mehr und nicht weniger Sicherheit als jeder andere Staat: Sie erklären deshalb, daß sie ihre militärische Stärke nur auf einem solchen Niveau halten, wie es unbedingt für den Schutz der Sicherheit ihrer Völker erforderlich ist. Das Dokument ist zugleich eine offene Aufforderung an die NATO zur gegenseitigen Zurückhaltung auf militärischem Gebiet. Es ist ein Angebot, beharrlich und mutig den Weg gegenseitiger Vertrauensbildung zu festigen. Die Militärdoktrin des Warschauer Vertrages steht in völliger Übereinstimmung mit dem obersten Grundsatz der Politik unserer Partei und unseres Staates, alles zu tun, daß niemals wieder Krieg, sondern immer nur Frieden von deutschem Boden ausgeht.

Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses wurden weitere Schritte zur Vertiefung der Zusammenarbeit der Bruderparteien und Staaten beraten. Die DDR wird wie stets alles in ihren Kräften Stehende tun, um zur Verwirklichung der gemeinsam vereinbarten außenpolitischen Linie beizutragen. In diesem Sinne wird sie gemeinsam mit der CSSR die Initiativen zur Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors und einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa beharrlich weiterführen.

Besonderes Gewicht erhielt die Tagung durch die Teilnahme der Generalsekretäre bzw. 1. Sekretäre der Bruderparteien an Veranstaltungen anlässlich des 750jährigen Jubiläums von Berlin. Die führenden Repräsentanten der verbündeten sozialistischen Staaten würdigten nachhaltig die historischen Veränderungen, die sich in der Hauptstadt der DDR, Stadt des Friedens, vollzogen haben und brachten ihre hohe Wertschätzung für die Verwirklichung der komplexen Rekonstruktionsmaßnahmen zur Gestaltung der Hauptstadt des sozialistischen deutschen Staates zum Ausdruck.

Das Politbüro, der Staatsrat und der Ministerrat sind gewiß, daß die Bürger der DDR den Beschlüssen der Berliner Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses voll und ganz zustimmen und mit ihrer tagtäglichen Arbeit auch weiterhin unseren Staat und damit Frieden und Sozialismus stärken werden.